

Nachtrag Presseschau 09.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti

- Die stellvertretende Chefin der Krim-Regierung, Olga Kowitidi, hat die Bedingungen, die Kiew mit dem IWF zu unterzeichnen bereit ist, als Raubbedingungen bezeichnet. Wie sie mitteilte, sieht das von den neuen Behörden der Ukraine unterzeichnete vorläufige Abkommen mit dem IWF vor, dass **das ganze ukrainische Gastransportnetz dem US-Unternehmen Chevron** übergeben wird. Die **Metallkombinate würden zu 50 Prozent dem deutschen Konzern Ruhr** zugesprochen. Die **Kohleindustrie von Donbass wird die finnische Ruhr-Tochter** erhalten. Außerdem habe Kiew versprochen, in der Ukraine Teile des US-Raketenabwehrschildes und US-Luftstützpunkte stationieren zu lassen. (www.russland.ru)

Presseschau 10.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti

Ukraine allgemein:

- China fordert die USA zur Zurückhaltung in der ukrainischen Frage auf
- Zahlreiche Teilnehmer bei Solidaritätsaktionen für das ukrainische Volk bzw. für die russischstämmigen Ukrainer in Russland (Tschit 7000 Menschen, Tscheljabinsk und Perm je 15000...)
- Für den 11. März wird eine Erklärung Janukowitschs erwartet.
- Die von Jazenjuk angekündigte Premierung von ukrainischen Soldaten auf der Krim kann laut Finanzministerium gar nicht erfolgen, da die Staatskasse leer ist.
- Russland fordert, dass die Wahlbeobachter der OSZE ihre Handlungen eng mit den Behörden der Krim abstimmen müssen.
-

Donezk:

- Der vom Donezker Volk gewählte „Volksgouverneur“ Pawel Gubarew wurde am 06.03.14 in der Stadt verhaftet, nachdem ihn Kiew zur Fahndung ausgeschrieben hatte. Er wird beschuldigt des Anschlags auf die territoriale Einheit des Landes, der Durchführung von Maßnahmen eines gewaltsamen Umsturzes sowie der Besetzung öffentlicher Gebäude. Wie seine Ehefrau, die mit ihren 3 kleinen Kindern nach Russland geflohen ist, mitteilte, wird eine Kautionssumme von 10000 Dollar verlangt. Da die Familienkonten jedoch gesperrt wurden, sammelt sie Gelder für die Kautionssumme in Russland. Laut seiner Anwälte ist aber nicht garantiert, dass Gubarew nach Stellung des Betrags wirklich freikommt. Die Juristen befürchten, dass eine weitere Festnahme erfolgt, um noch mehr Geld zu verlangen.

Charkow:

- Bei einem Auftritt einer Veranstaltung zur Europaintegration wurde Witali Klitschko von prorussischem Protest gestört. Zuerst blockierte man die Ausgänge des Saales, in dem er eine Pressekonferenz abhielt, dann bewarf man ihn mit Hühnereiern. Eine öffentliche Veranstaltung mit ihm in Donezk gestern wurde abgesagt, stattdessen gab er auch dort eine Pressekonferenz.

Krim:

- Die Regierung der Krim stellt am 11. März das Projekt zum Übergang in die Rubelzone vor.
- Laut Umfrage von Soziologen wollen 80% der Krimbewohner für den Übergang nach Russland stimmen.
- Die Sicherheitsorgane in Kiew eröffnen im Zusammenhang mit den Unabhängigkeitsbestrebungen der Krim gegen 16 Personen Verfahren.
- Der Vorsitzende des Obersten Rates der Krim sichert zu, dass die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen eingehalten wird. Er sagte, dass die Krimregierung nicht den Fehler der Ukraine übernehmen wird, Minderheitensprachen zu unterdrücken.
- An der Grenze der Krim zur Ukraine kommt es vermehrt zu Provokationen gegen die örtlichen Selbstverteidigungskräfte.
- Der Premier der Krim sieht den Aufbau einer Krim-Armee als notwendig an, da sich unbekannte bewaffnete Kräfte auf der Halbinsel aufhalten. Im Fall einer Vereinigung mit Russland werden die Streitkräfte in die russischen integriert.
- Premier:

„Wir garantieren, dass niemand enteignet wird, sollte sich die Bevölkerung bei dem für den 16. März geplanten Referendum für einen Beitritt der Krim zum Staatsverband der Russischen Föderation aussprechen“, sagte Aksjonow am Montag in der Hauptstadt Simferopol in einem RIA-Novosti-Gespräch.

Die Krim-Behörden wollten den Status der Halbinsel als einer parlamentarischen Republik auch als Subjekt der Russischen Föderation beibehalten, fuhr Aksjonow fort. „Diese Verwaltungsform hat sich in dieser komplizierten Zeit gut bewährt.“

Die krimtatarische Minderheit, die auf der Krim etwa 14 Prozent der Bevölkerung ausmache, sollte ihr Mitspracherecht durch die Vertretung in allen Staatsmachtorganen der Autonomie wahrnehmen. „Für sie (Krimtataren) sind die Ämter eines Vizeregierungschefs und von zwei Ministern sowie hohe Posten in anderen Ämtern reserviert“, sagte der Regierungschef.

„In der Autonomie wird es zwei Amtssprachen geben – das Russische und das Krimtatarische. Die anderen auf der Halbinsel ansässigen Nationalitäten, darunter die Ukrainer, können ihre Sprachen ungehindert nutzen und entwickeln. Wir versichern das“, erklärte Aksjonow. (www.russland.ru)

Sewastopol:

- Mit allen Mitteln versuchen anscheinend Maidan-Akteure, in Sewastopol den Ausgang des Referendums zu beeinflussen. So heißt es in der Gebietszeitung, dass Unbekannte unter dem Vorwand, bei den Einwohnern die Daten für die Befragung zu überprüfen, Informationen über Familie und Lebensumstände sammeln, Ausweise rauben und anschließen flüchten. Außerdem kam es zu einer Schießerei in der Nähe eines Kinderspielplatzes. Festgenommen wurde eine junge Frau, die angab, aus Kiew angereist zu sein.